Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/15/3343-01	Termin 13.03.2014	Umweltausschuss
Bericht / Mitteilung			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
13.03.2014	Umweltausschuss	K		

Berichtsgegenstand

Potenzialanalyse Betriebliche Mobilität im Bereich der Stadtverwaltung Oberhausen und der OGM GmbH

M/15/1226-01 Umweltausschuss 07.04.2011
B/15/1436-01 Rat der Stadt 18.07.2011
M/15/1897-01 Umweltausschuss 08.03.2012

Sachdarstellung

Mit dem vorliegenden Bericht unterrichtet die Verwaltung den Umweltausschuss über die Ergebnisse der Potenzialanalyse „Betriebliche Mobilität im Bereich der Stadtverwaltung Oberhausen und der OGM GmbH“.

Ausgangssituation und Ziel

In 2012 wurde eine Potenzialanalyse zur Betrieblichen Mobilität an das externe Büro EcoLibro vergeben, die im Oktober 2013 abgeschlossen wurde. Grundlage für die Vergabe war u. a. die Umsetzung einer Maßnahme aus dem Luftreinhalteplan Ruhrgebiet 2011. Die Maßnahme wird darin unter der Nummer OB.6 „Mobilitätsmanagement in Oberhausen“ konkretisiert. Als lokale Maßnahme der Stadt Oberhausen soll danach stufenweise ein Mobilitätsmanagement bei der Stadtverwaltung eingeführt werden.

Bereichsleiter Bereich 2-2 Bereich Umweltschutz Werntgen-Orman 26.02.2014	Dezernat 4 Umwelt, Gesundheit, ökologische Stadtentwicklung und -planung Lauxen 26.02.2014	Kämmerer Datum	Oberbürgermeister Datum

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beteiligung:
Kenntnisnahme (K)	Kenntnisnahme (K)	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Darüber hinaus kommt dem Projekt eine nicht zu unterschätzende Bedeutung bei der Einsparung von CO_2 zu. Betriebliche Mobilität und deren gezieltes Management ist ein geeigneter Ansatzpunkt Verkehre, die von Unternehmen bzw. von Verwaltungseinheiten ausgehen, klima- und ressourcenschonend abzuwickeln. Das Projekt ist aufgrund einer möglichen Kostenersparnis als Maßnahme Nr. 174 auch in den Haushaltssanierungsplan aufgenommen worden.

Vorgehensweise

Gegenstand der Analyse war die Personenmobilität der Kernverwaltung mit ca. 2.250 und der OGM GmbH mit ca. 700 Mitarbeiter/-innen. Eine Einbeziehung der OGM GmbH in die geplante Analyse war aufgrund der zahlreichen Schnittmengen in der Abwicklung dienstlicher Mobilität, aufgrund der Rolle der OGM GmbH als Dienstleistungsgesellschaft, die im Auftrag der Stadt handelt, und aufgrund der Präsenz am gleichen Standort im Technischen Rathaus in Sterkrade von großem Interesse.

Zur Erstellung einer solchen Potenzialanalyse waren verschiedene, zum Teil komplexe Arbeitsschritte durchzuführen. Dazu zählten:

- Erfassung aller Dienstfahrten und Dienstreisen vom 6. August bis zum 28. September 2012. Alle Bediensteten haben spezielle Erfassungsblätter und Fahrtenbücher für Fahrten mit dem privaten Pkw sowie für Fahrten mit den Dienstwagen ausgefüllt,
- zusätzlich zu den Fahrten mit den PKWs wurden auch die Fahrten mit dem Öffentlichen Personennahverkehr, dem Fahrrad oder dem Motorrad erfasst,
- im Oktober 2012 wurden Interviews mit Vertreter/-innen aller verkehrsintensiven Bereiche geführt, um den Zweck der Mobilität und deren derzeitige Abwicklung abzubilden,
- Abschluss des Analyseteils bildete ein Workshop im Mai 2013.

Die Untersuchung hat sich als sehr aufwendig erwiesen, sowohl was die Beschaffung und Verwendbarkeit als auch die Auswertung verschiedener Daten betrifft. Daher konnte ein abgestimmter Ergebnisbericht erst im Oktober 2013 vorgelegt werden.

Ergebnisse

Das heutige Mobilitätssystem der Stadtverwaltung Oberhausen und der OGM GmbH basiert überwiegend auf der Nutzung von dienstlichen oder privaten Pkw. Die Gründe, die in weiten Teilen der Verwaltung und der OGM GmbH zur vorrangigen Nutzung des Autos führen, liegen aus Sicht des Beraters weder in einer echten Ablehnung der alternativen Fortbewegungsmittel noch in einer fachlich begründeten Nicht-Nutzbarkeit. Sie begründen sich vielmehr in langjährig eingeübten Verhaltensroutinen.

Der nun vorliegende Ergebnisbericht empfiehlt der Stadt Oberhausen die stufenweise Einführung eines neuen Mobilitätskonzeptes, mit dem

1. Einsparungen in Höhe von jährlich rund 200.000,00 Euro zu erzielen sind. Damit werden die Kosten für Dienstfahrten um 36 % reduziert und
2. der mobilitätsbedingte CO_2-Ausstoß jährlich um rund 120 t verringert, was einer Halbierung der Emissionen entspricht.

Als Kernmaßnahme wird vom externen Berater empfohlen, einen Fahrzeugpool an ausgewählten Verwaltungsstandorten einzurichten. Alle erforderlichen Dienstfahrten sollen nach stufenweiser Einführung des neuen Systems – sofern nicht ÖPNV oder Zweirad in Frage kommen – vorrangig mit diesen Fahrzeugen durchgeführt werden. Im Gegenzug soll auf die dienstliche Nutzung von Privat-Pkw gegen Kilometergeld-Erstattung an diesen Standorten verzichtet werden.

Folgende Maßnahmen des Mobilitätskonzeptes werden empfohlen:

- Erste Maßnahmen zur alternativen Organisation und Durchführung von Dienstfahrten mit vergleichsweise geringem Aufwand, wie die
  - Förderung von ÖPNV-, Fahrrad-, Pedelec-Nutzung
  - Einführung der Metropolradnutzung
  - Einführung der Nutzung des Buchungsportals bahn.corporate

- Substitution der Dienstfahrten mit privaten PKW durch die
  - Einrichtung von Fahrzeugpools an definierten Verwaltungsstandorten
  - Einführung von Car-Sharing / Elektromobilität
  - Einführung einer neuen Buchungs-Software

- Einführung eines Anreizsystems zur Nutzung alternativer Verkehrsmittel

Unterstützende Wirkung

Da zwischen dienstlicher und privater Mobilität eine enge Wechselbeziehung besteht, wurde begleitend eine Wohnstandortanalyse für die Wege der Mitarbeiter/-innen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte durchgeführt. In dieser Betrachtung wurde deutlich, dass die Mehrheit der Mitarbeiter/innen (70%) mit dem PKW zur Arbeit kommt, dass aber gleichzeitig 79% der Mitarbeiter/-innen in einem Radius von bis zu 15 km zur Dienststelle wohnen. Eine Entfernung, die man grundsätzlich entweder mit dem ÖPNV, zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem Pedelec oder dem Elektroroller zurücklegen kann. Sollte die Einführung eines Fahrzeugpools beim Dienstherrn den Einsatz des eigenen PKW für Dienstfahrten ersetzen, würde sich nach der Umsetzung des Mobilitätskonzeptes für viele Mitarbeiter/innen die Nutzung des Pkw für den Weg zur Arbeit zumindest aus dienstlicher Sicht erübrigen.

Weiteres Vorgehen

Das auf der Grundlage der Ergebnisse der Potenzialanalyse entwickelte Konzept für die dienstliche Mobilität der Stadtverwaltung und der OGM GmbH wurde vom Verwaltungsvorstand positiv bewertet. Weitere Details, die vor einer möglichen Umsetzung zu klären sind, werden seitens der Verwaltung in einer Projektgruppe erarbeitet werden.

Anfang Februar 2014 hat die Projektgruppe, die unter der Leitung von Dezernat 4 aus den Bereichen 5-6, 5-1, 4-1, 2-2, der OGM GmbH, dem Personalrat, der Beauftragten für Schwerbehinderte und der Gleichstellungsstelle besteht, die Arbeit aufgenommen. Dabei wurden die Ergebnisse und die geplanten Arbeitsschritte vom externen Berater des Büros ecolibro vorgestellt. Anschließend ging es in einen „Mobilitätsparcours“, in dem die Teilnehmer von Externen verschiedene Bausteine eines späteren Mobilitätskonzepts, wie ausgewählte Buchungsportale und verschiedene Mobilitätsarten wie E-Fahrzeuge, Pedelecs und Metropolräder erproben konnten. Im weiteren Verlauf der Arbeit zum Mobilitätskonzept werden die nächsten Umsetzungsschritte konkretisiert.

Die Umsetzung eines solchen Konzeptes wird mit einem Wandel der Mobilitätskultur des Unternehmens Stadtverwaltung verbunden sein. Um diesen Prozess von Anfang an transparent und nachvollziehbar zu gestalten, wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Form einer Rundverfügung über die Veröffentlichung des Ergebnisberichtes und die beabsichtigten Veränderungen informiert. In Zukunft soll abgesichert werden, dass die Arbeitsfortschritte, die in der Projektgruppe erzielt werden, über Beiträge im Intranet und in der Mitarbeiterzeitschrift memo bekannt gemacht werden.

Die Ergebnisse der Potenzialanalyse Betriebliche Mobilität und das weitere Handlungsprogramm werden in der Sitzung des Umweltausschusses von einem Vertreter des Büros EcoLibro vorgestellt.

Förderantrag Klimaschutzteilkonzept

Die Organisation der dienstlichen Mobilität in der Stadtverwaltung ist nur ein Baustein von vielen, wenn man die Mobilität in der Stadt insgesamt verbessern will. Vor diesem Hintergrund hat der Bereich Umweltschutz im März 2013 beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit einen Antrag auf Förderung eines Klimaschutzteilkonzeptes “Klimafreundliche Mobilität in Oberhausen“ gestellt. Inhaltlich setzt der Förderantrag an der Potenzialanalyse Dienstliche Mobilität der Stadt Oberhausen an.

Der Förderantrag zielt darauf ab, die Umsetzung einer Neuen Mobilität in Verwaltungshandeln organisatorisch und finanziell zu unterstützen. Darüber hinaus sollen aber auch weitere Betriebe in der Gesamtstadt und die Öffentlichkeit miteinbezogen werden, um so das Mobilitätsverhalten insgesamt in Richtung Klimafreundlichkeit zu verändern.

Eine Förderung des Projektes wurde in Aussicht gestellt, die Entscheidung hat sich aber aufgrund des noch nicht genehmigten Bundeshaushaltes hinausgezögert.

Die Kosten für die Erstellung des Klimaschutzteilkonzeptes werden sich auf rund 67.000,00 Euro netto belaufen. Derzeit finden noch Absprachen hinsichtlich der Förderquote (65% oder 95%) und einiger Formalien mit dem Fördergeber statt. Bei einer Förderzusage könnte das Projekt “Klimafreundliche Mobilität in Oberhausen“ ab Herbst 2014 begonnen werden.

Kurzfassung

Als Ergebnis der Potenzialanalyse Betriebliche Mobilität im Bereich der Stadtverwaltung Oberhausen und der OGM GmbH wurde ein Konzept für die zukünftige Ausgestaltung der Personenmobilität bei der Stadtverwaltung und der OGM GmbH entwickelt, das im Kern aus der Nutzung eines neu einzurichtenden Fahrzeugpools und des Umweltverbundes besteht. Die Umsetzung dieses Konzeptes, das zunächst von einer Projektgruppe vorbereitet und sukzessive realisiert werden soll, wird mit einem Wandel der Mobilitätskultur des Unternehmens Stadtverwaltung verbunden sein. Der Prozess soll unterstützt werden durch die Erarbeitung eines Klimaschutzteilkonzeptes, das zudem eine entsprechende Außenwirkung in die Gesamtstadt entfalten soll.